



Bericht zum D-A-CH Forum „Aktuelle Herausforderungen für politische Bildung und Menschenrechtsbildung im Kontext des Europarats/der EU“

Am 27.06.2025 fand in Frankfurt das erweiterte D-A-CH Forum zum Thema „Aktuelle Herausforderungen für politische Bildung und Menschenrechtsbildung im Kontext des Europarats/der EU“ statt. Die Veranstaltung brachte Fachleute aus Österreich, Deutschland, der Schweiz und der deutschsprachigen Gemeinschaft Belgiens zusammen und diente als Follow-up zur [Launching Conference des „European Space for Citizenship Education“](#) im Oktober 2024 in Berlin.

Im Zentrum der Veranstaltung standen aktuelle Herausforderungen und Entwicklungen der politischen Bildung und Menschenrechtsbildung im europäischen Kontext. In mehreren thematischen Gesprächsrunden wurden unterschiedliche Bildungsbereiche beleuchtet: von schulischer über außerschulische Bildung und Jugendarbeit bis hin zur beruflichen Bildung und Erwachsenenbildung.

Diskutiert wurden unter anderem Fragen zur Rolle von Neutralität und Wertebildung in Schulen, zur Professionalisierung politischer Bildner:innen, zur Bedeutung von Demokratiepädagogik in der Jugendarbeit sowie zur Rolle politischer Bildung im Kontext von Beschäftigungsfähigkeit und transversalen Kompetenzen. Ein besonderer Fokus lag auf dem Referenzrahmen für Kompetenzen für eine demokratische Kultur (RFCDC) des Europarats, der in verschiedenen Bildungssettings – etwa im Rahmen des [LICEAL-Projekts](#) – als möglicher Bezugsrahmen zur Stärkung demokratischer Bildungsprozesse diskutiert wurde.

Gleichzeitig zeigte sich, dass die Umsetzung demokratischer Bildung komplex ist. Sie bewegt sich im Spannungsfeld zwischen neutralem Bildungsauftrag und wertebasierter Haltung, zwischen föderalen Zuständigkeiten und europäischer Orientierung sowie zwischen Schule, Jugendarbeit, Erwachsenenbildung, beruflicher Bildung und Zivilgesellschaft. Dieses Spannungsfeld wurde auch als möglicher Raum für Innovation identifiziert.

Aus den Diskussionen im Forum ergaben sich folgende zentrale Erkenntnisse:

- **Neutralität vs. Überparteilichkeit:** Der Begriff der „Neutralität“ wurde insbesondere im Umgang mit kontroversen Themen – etwa im internationalen Kontext – kritisch hinterfragt. Politische Bildung muss klar in den demokratischen Grundwerten verankert sein.
- **Beziehungsarbeit als Grundlage:** Demokratische Bildung erfordert emotionale und erfahrungsbezogene Zugänge – sowohl in der Schule als auch in der außerschulischen Bildungsarbeit.
- **Kompetenzorientierung differenziert betrachten:** Der Begriff der Kompetenz wurde ambivalent diskutiert – zwischen dem Anspruch auf Emanzipation und der Gefahr neoliberaler Verkürzung. Entscheidender Konsens war, dass Bildung ermöglichen und nicht bloß anpassen soll.
- **Transnationale Kooperation fördern:** Es braucht Formate und Institutionen, die den grenzüberschreitenden Austausch ermöglichen und nationale Unterschiede überbrücken können.
- **Professionalisierung stärken:** Die Ausbildung und kontinuierliche Unterstützung von Lehrkräften und weiteren Bildungsakteur:innen wurde als zentrale Voraussetzung für wirksame Demokratiebildung hervorgehoben. Beratung, Fortbildung und die gemeinsame Aushandlung von Werten gelten als wesentliche Bestandteile demokratiepädagogischer Professionalität.

Das Forum bot zahlreiche neue Impulse und vertiefte bestehende Kooperationen im Bereich der Citizenship Education. Der Austausch soll im Rahmen des „European Space for Citizenship Education“ weiter intensiviert werden und aktuelle Rahmenentwicklungen im Kontext europäischer Politiken zu politischer Bildung und Menschenrechtsbildung fachübergreifend aufgreifen.